

## Fraktionslosen

Rechte im Bundestag / Von Günter Bannas

Wüppesahl heißt er. Hin und wieder lässt er sich immer noch auf der Besuchertribüne im Plenarsaal blicken. Wüppesahl, der Kriminalbeamter von Beruf war, wurde Anfang 1987 über die schleswig-holsteinische Landesliste der Grünen in den Bundestag gewählt – und war der erste Polizist, den die Grünen nach Bonn schickten. Noch im selben Jahr trat er aus der grünen Partei aus. 1988 wurde er aus der Grünenfraktion ausgeschlossen. Wüppesahl sah fortan eine Verpflichtung darin, den Status des fraktionslosen Abgeordneten zu stärken.

In kaum steigerungsfähigen Ausmaß machte Wüppesahl vom Recht des Abgeordneten Gebrauch, im Plenum des Bundestages zu sprechen. Er konnte sich auf ein Redezeit-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1959 berufen. Wüppesahl trat häufig als letzter Redner eines Tagesordnungspunktes auf, gleich ob es um sein altes Fachgebiet, die Innenpolitik, oder um irgendein anderes Thema ging. „Das Wort hat der Abgeordnete Wüppesahl“, war für Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und ihre Stellvertreter eine stehende Redewendung. Meist wurde sie mit einem Nicht-schon-wieder-Aufstöhnen

aus den Fraktionen quittiert. Ziemlich oft sprach Wüppesahl auch vor einem vollen Plenarsaal – dann immer, wenn eine namentliche Abstimmung anstand und die Abgeordneten (meist kurz vor Ende der Aussprache) zu erscheinen hatten. Dann kam Wüppesahls Stunde.

Doch das reichte ihm nicht. Wüppesahl ging es um weitergehende Rechte des „Fraktionslosen“. 1988 strengte er ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht an: gegen den Bundestag, gegen den Bundestagspräsidenten und gegen seine ehemalige Fraktion. Die Entscheidung erging im Juni 1989 im seither sogenannten Wüppesahl-Urteil. Dem fraktionslosen Abgeordneten wurde zugestanden, in einem Bundestagsausschuss arbeiten zu können – freilich nicht einem seiner Wahl. Nach der Geschäftsordnung entscheidet nun der Bundestagspräsident darüber. Schon damals wurde auf den bisherigen Arbeitsschwerpunkt des Betroffenen Rücksicht genommen, weshalb Wüppesahl im Bundestagsinnenausschuss verblieb. Stimmrecht erhielt er nicht. Aber reden durfte er. Es blieb dabei, dass fraktionslose Abgeordnete keine Gesetzentwürfe und keine „großen Anfragen“ einbringen dürfen. Sogenannte kleine Anfragen dürfen sie aber stellen.

Für die Redezeiten im Plenum wurde eine salomonische Lösung gefunden. Der Gegenstand und die Gesamtdauer der Aussprache seien zu berücksichtigen. Auf etwa fünf Minuten lief das hinaus. Das ist nicht viel. Es ist aber auch nicht wenig. Oft genug erhalten Abgeordnete von „ihrer“ Fraktion weniger als fünf Minuten Redezeit. Mehr als zwanzig Jahre später variierte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) diesen Brauch. Im Frühjahr 2012 erteilte er bei Debatten über die Euro-Rettung Abgeordneten das Wort, die ausdrücklich nicht im Sinne ihrer Fraktionen sprachen – Klaus-Peter Willsch (CDU) und Frank Schäffler (FDP). Bei wichtigen Debatten müssten auch Minderheitsmeinungen zu Wort kommen, lautete Lammerts Begründung.

Ihre Büroräume wird Steinbach wohl behalten dürfen. Der Form nach hat die Unionsfraktion die Zimmer an die Bundestagsverwaltung zurückzugeben. Diese werde sie, heißt es, dann wieder Steinbach zuweisen.



Peter MÜLLER

Foto Helmut Fricke

## Harter Frager

Peter Müller ist befangen – aber nicht in einem rechtlichen Sinn. Die NPD, über deren Verfassungswidrigkeit der Zweite Senat an diesem Dienstag entscheidet, hatte vergeblich versucht, Müller und seinen Richterkollegen Peter Huber aufgrund ihrer früheren Äußerungen über die Partei vom Verfahren auszuschließen. In der Tat hat Müller als langjähriger CDU-Ministerpräsident des Saarlandes deutliche Worte über die NPD gefunden. Auch in der mündlichen Verhandlung machte er keinen Hehl daraus, dass das Programm der Partei wohl in gewisser Weise sogar über das der NSDAP hinausgehe. Aber auch die Vertreter des Bundesrats, der den Verbotantrag gestellt hatte, mussten sich von Müller harte Fragen gefallen lassen.

Denn jetzt ist Müller Richter und als Berichterstatter in diesem Verfahren für das Votum zuständig gewesen. Müller übernahm den ebenso politisch brisanten wie umfangreichen Fall von Michael Gerhardt, der aus Erschöpfung vorzeitig aus dem Verfassungsrichteramts geschieden war. Wegen seiner politischen Vergangenheit kennt Müller viele Karlsruher Probleme aus einem anderen Blickwinkel als etwa ein Hochschullehrer oder Bundesrichter. Der einstige Ministerpräsident hat sich längst damit abgefunden, dass er im Senat nur einer von acht Richtern ist und dass in der Beratung nur das Argument zählt. Eine biographisch verständliche Kostprobe war sein Sondervotum, als die Senatsmehrheit die Dreiprozenthürde bei Europawahlen für verfassungswidrig erklärte: Müller schrieb, es sei nicht Sache des Bundesverfassungsgerichts, die vertretbare Entscheidung des Gesetzgebers durch eine eigene vertretbare Entscheidung zu ersetzen.



Karlsruhe

Foto Picture-Alliance/dpa

## Leistungen

streitet über die Bildungspolitik / Von Rüdiger Soldt

sein für Leistungsorientierung. Hierfür soll auch die Bildungspolitik der Jahre 2004 bis 2011 verantwortlich sein. Ähn-

würde bedeuten, Leistungsgruppen an den Gemeinschaftsschulen einzuführen. Für Lehrer müsse es künftig verbindliche

**Frankfurter Allgemeine**  
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Wächter China

Isst das nur eine Kapriole der Weltpolitik oder ein neues Kapitel in der Geschichte vom Aufstieg und Fall großer Mächte? Erstmals nimmt ein chinesischer Präsident am Weltwirtschaftsforum in Davos teil. Wie schon vor ein paar Monaten, als er Gastgeber des G-20-Treffens war, wird Xi Jinping das Hohelied auf offene Märkte singen und Isolation als Fehler geißeln. Während China sich somit als Wächter einer offenen Weltwirtschaft in Szene setzt, sinniert der künftige amerikanische Präsident über neue Formen von Protektionismus und ökonomischem Nationalismus. Verkehrte Welt, möchte man ausrufen. Aber so ist es nun mal, und es ist auch gar nicht so überraschend. Denn vermutlich hat China, wirtschaftliche Öffnung mit strenger Ein-Partei-Herrschaft kombinierend, mehr als jedes andere Land von der Globalisierung profitiert – und, allem Zwist und allen Rivalitäten zum Trotz, von der globalen Rolle der Vereinigten Staaten. Trump scheint an Amerikas globaler Ankerrolle nicht mehr interessiert zu sein. Er macht dadurch Platz für andere Mächte, die womöglich ganz andere Ordnungsvorstellungen haben. K.F.

## Zeit der Zäune

An der EU-Außengrenze gibt es viele Zäune: Ungarn hat einen gebaut, Bulgarien stellt gerade einen fertig, Griechenland hat an der Landesgrenze zur Türkei schon vor vielen Jahren einen errichtet, Spaniens Exklaven in Nordafrika sind seit langem umzäunt. Sie alle haben den gleichen Zweck: Sie sollen Migranten ab- oder wenigstens aufhalten. Nun kommt ein weiterer Zaun an einer Grenze hinzu, an der bis auf weiteres keine Wanderungsströme zu erwarten sind: an der zwischen Litauen und dem russischen Gebiet Kaliningrad. Er hat offenbar den Zweck, russische Soldaten vor schweren Fehlern zu schützen – in Litauen hat man nicht vergessen, wie der russische Präsident Wladimir Putin im Sommer 2014 die Anwesenheit russischer Soldaten auf ukrainischem Gebiet damit begründet hat, die Männer hätten sich „verirrt“. Man kann natürlich fragen, ob dieser Zaun wirklich mehr Sicherheit für Litauen bringt und ob die Mittel dafür nicht anderswo sinnvoller investiert werden könnten. Aber

## Auch Einzelkämpfer wie Erika Steinbach haben in

BERLIN, 16. Januar Erika Steinbach gehört dem Deutschen Bundestag seit 1990 an – gewählt als Direktkandidatin der Frankfurter CDU. Neben ihrer Erklärung vom Sonntag, die CDU und auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlassen zu wollen, hat sie zugleich angekündigt, ihr Bundestagsmandat bis zum Ende der Wahlperiode auszuüben. Zwar wäre es ihr bei der vorigen Wahl aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gelungen, ohne den Rückhalt und die Organisationskraft der CDU in den Bundestag gewählt zu werden. Doch das Grundgesetz stärkt die Rolle des Abgeordneten. Er ist an „Aufträge und Weisungen“ nicht gebunden und nur seinem „Gewissen“ unterworfen. Es wird auch kein Unterschied zwischen Abgeordneten gemacht – ob sie nun über den Gewinn ihres Wahlkreises „direkt“ oder auch über die Landesliste ihrer Partei in den Bundestag gewählt wurden.

Steinbach ist die zwanzigste Abgeordnete, die seit 1949 ihre Fraktion verlassen hat. Wenn sie, wie nun Steinbach, politischer Differenzen wegen aus Partei und Fraktion austraten, verloren sie regelmäßig auch außerparlamentarisch ihre politische Bedeutung. Die Zeit ging über sie hinweg. Eine Ausnahme von der Regel war Herbert Gruhl (CDU), der 1978 die CDU/CSU-Fraktion mit dem Vorwurf verlassen hatte, sie versage in Fragen der Umweltpolitik. Gruhl gehörte zu den Mitbegründern der Grünen. Die CDU brauchte lange, diesen Verlust politisch auszugleichen.

Steinbach ist in dieser Wahlperiode die erste „Fraktionslose“. Forderungen aus ihrer Partei nach Mandatsniederlegung scheint sie nicht nachgeben zu wollen – anders als Petra Hinz (vormals SPD) aus Essen, die im vergangenen Sommer nicht nur die Partei, sondern auch das Parlament verlassen hatte, nachdem bekannt geworden war, sie habe fälschlich ein Abitur und ein abgeschlossenes Hochschulstudium in ihren Lebenslauf eingefügt. Hinz beugte sich dem politischen Druck. Steinbach ist härter. Künftig wird sie aber nicht mehr in einer der ersten Reihen des Plenarsaales sitzen, sondern weit hinten – hinter den Plätzen ihrer alten Fraktion.

Laut Ankündigungen wird die Bundestagsverwaltung der Abgeordneten Stein-

bach Hilfen anbieten, wie es um den rechtlichen Status eines „fraktionslosen“ Parlamentariers bestellt sei. Um das Recht der Rede im Plenum geht es, auch um die Dauer ihrer Reden, um ihre Mitwirkung an der Gesetzgebung im Allgemeinen und den Beratungen in den Ausschüssen im Besonderen. Naturgemäß wird Steinbach nun nicht mehr über die Beratungen in den Gremien der CDU/CSU-Fraktion politischen Einfluss ausüben können. Auch wird sie ihre alte Fraktion nicht mehr in Bundestagsausschüssen vertreten können. Steinbach war von der Unionsfraktion in den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe entsandt worden. Ausschüsse des Bundestages sollen die Mehrheitsverhältnisse des Parlaments widerspiegeln. Ihre Mitglieder haben sich bei Abstimmungen an die Vorstellungen ihrer Fraktion zu halten. Im Falle abweichender Vorstellungen bleiben sie der Abstimmung meist fern und überlassen das Stimmrecht einem der stellvertretenden Ausschussmitglieder ihrer Fraktion.

Dass Steinbach gleichwohl nicht ohne Rechte ist, hat sie – in deren konkreter Ausgestaltung – einem ehemaligen Grünen-Abgeordneten zu verdanken. Thomas



Seine Stunde: Thomas Wüppesahl 1988 in Karlsruhe

## Schwache Lei

### Die grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg streit

STUTTGART, im Januar Das einstmalige Bildungsvorzeigeland Baden-Württemberg steckt in der Krise. Die

alitionsvertrages hinaus zu fassen. Die teils feindselige, teils gespannte Stimmung in der grün-schwarzen Koalition

Wüp  
er sie  
ne in  
Krin  
Anfa  
sche  
desta  
zist,  
Noch  
Parte  
Frakt  
forta  
tus c  
stärk  
In  
mach  
ordne  
desta  
ein  
sungs  
sahl t  
gesor  
sein  
oder  
„Das  
sahl“  
Süssn  
hende  
einen

sein f  
soll au  
2004 b